

**erBank**  
 100 Millionen  
**Cannstatt**  
 in Ulm

dem Hals etc. bringe  
 sche Hilfe das absolut  
 schädliche, besterprobe  
 „Strumex“!  
 kenhardt in Neuenbürg

Preisen offeriere:  
**Hosenstreifen**  
 Stoffe, Lüster,  
 Hochzeitsanzüge,  
 Senzunge,  
 Preislagen,  
 mliche Futterstoffe,  
 parz und marine,  
 weinrot, grün u. grau,  
 ck, Gleiderstoffe,  
 er, Rotensol

**ana**  
 ilona  
 Bruchsal

**Beschäft**  
 Korwaren, Liegeflächen,  
 den, Pfeifen, sämtliche  
 in Holz,  
 Schirmen und Stücken,  
 chler, Herrenalb,  
 age 7.

**uerio**  
 pelfettseife  
 80%Fett  
 größte Ausgiebigkeit,  
 Beste für die Wäsche,  
 RIKEN STUTTGART  
 alägigen Geschäften

**beiterinnen**  
 choll A.-G.,  
 astmühle.

**Wildeberg, Fabrikat**  
 feldube, Saiting- und  
 ein, Pilschnauckel  
 er Auswahl  
 Wildbad.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich in Neuenbürg  
 2 60.—, durch die Post  
 in Ost- und Oberamts-  
 bezirk, sowie im sonstigen  
 üblichen Bezirke 2 66.—  
 mit Postbezugsgeb.

Die Hüllen von höherer Quali-  
 tät besteht kein Anspruch  
 auf Wiederholung des  
 Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle  
 Buchhandlungen, in Neuenbürg  
 besonders die Buchhändler  
 jederzeit entgegen.

Telefon Nr 24 bei der  
 C.A. Sparsasse Neuenbürg.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.  
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Anzeigenpreis:**  
 Die einseitige Zeile ab  
 deren Raum 1, Brief 2.—, 4  
 aufwärts derselben 2.—, 4  
 einschließl. Insetatensteuer,  
 Kollektionsanzeigen 100 Proz.  
 Zuschlag, Offerte u. Aus-  
 kunftsverträge 100 f. Re-  
 klame-Zelle 2 1/2

Bei größeren Aufträgen ent-  
 sprechender Rabatt, der im  
 Falle des Nachverlehrens  
 hinsichtlich wird, ebenso wenn  
 Zahlung nicht innerhalb  
 4 Wochen nach Rechnungs-  
 datum erfolgt.

**Verantwortl. Nr. 4.**  
 Für telefonische Aufträge  
 wird telefoniert Gewerbe über-  
 nommen.

Nr 158. Neuenbürg, Montag, den 10. Juli 1922. 80. Jahrgang.

**Deutschland.**

**Stuttgart, 8. Juli.** Das Landwirtschaftliche Wochenblatt berichtet zur Annahme der Getreidemenge im Reichstag u. a.: „Damit man sich bei uns in Württemberg keinen eiteln Hoffnungen hingibt, mag noch darauf hingewiesen werden, daß die nur Umlage für Württemberg ein Aufbringungsloß von 2000 Tonnen oder 700 000 Jtr. gegenüber einer vorjährigen Umlage von nur 15 000 Tonnen oder 300 000 Jtr. mit sich bringt. Dabei hatten wir letztes Jahr in Württemberg eine gut getreideernte, während dieses Jahr die Auskäufe sehr mäßig sind.“

**Stuttgart, 8. Juli.** Der Stuttgarter Haushaltsplan für 1922 hat Ausgaben in Höhe von rund 1 1/2 Milliarden und kann durch Steuern nicht zu bedeckenden Reibbetrag von 106 Millionen vor.

**München, 8. Juli.** Der Bayerische Beamtenbund erläßt ein Kundgebung gegen das Gesetz über die Willkür der Beamten gegenüber der Republik. Er billigt vollkommen die Stellungnahme der bayerischen Regierung und legt ferner Beschlüsse ein, daß man unter Ausschaltung der Beamtenverbände ein derartig wichtiges Gesetz verabschiedet hat.

**Berlin, 8. Juli.** Im Reichsausschuß des Reichstags wurde ein Antrag der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt, worin verlangt wurde, daß für die Dauer von 20 Jahren vom Inkrafttreten der Reichsverfassung an Mitglieder der Reichsregierung, des Reichspräsidenten, Staatspräsidenten, als Mitglieder der Reichsregierung oder einer Landesregierung gewählt oder beauftragt werden können. Nach dem Antrag sollten auch für die gleiche Zeitdauer Mitglieder der genannten Familien von der Wahlung in die Reichswehr ausgeschlossen bleiben.

**Berlin, 8. Juli.** Die „Dema“ berichtet: Der deutsch-nationale Reichsvereinstag, der am Dienstag und Mittwoch in Berlin tagte, hatte mit erdrückender Mehrheit den Ausschluß der Abgeordneten Wulle und anderer deutsch-völkischer Abgeordneten aus der Partei abgelehnt. Daraufhin wurde von der Gruppe von Abgeordneten, die hinter Dr. Düringer stehen, erzwungen, aus der Deutschnationalen Partei auszuscheiden und eine neue Partei zu bilden.

**Berlin, 8. Juli.** Der Reichsrat hielt eine öffentliche Sitzung ab. Das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse wurde abermals zurückgestellt. Der Reichsrat nahm einen Gesetzentwurf an, wonach die Bezüge der Sozialrentner erhöht werden, und zwar für Alters-, Invaliden- und Witwen um 200 Mark im Monat, für Familien mit 100 Mark. Gegen die Beschlüsse des Reichstags zu dem Gesetzentwurf über Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner hat der Reichsrat Einspruch. — Der Reichsminister des Innern, Dr. Brücker, hat durch Verordnung vom 8. Juli bestimmt, daß die Abkündigung in Oberkasseln über die Autonomiefrage am Sonntag, den 3. September, stattfinden soll. Zum Abkündigungssieger ist Oberpräsident Witt in Opelein ernannt worden. — Infolge des Buchdruckerkriegs ist bei der Reichsbank ein erheblicher Banknotenmangel eingetreten. Die Störung wird jedoch durch die Ausgabe einer Fünftausendnote zu 500 Mk. in den nächsten Tagen schon behoben sein. — Die deutsch-nationale Breslauer Tagespost“ wurden wegen eines Artikels „Politische Moral“ von dem Oberpräsidenten aus vier Wochen verboten. Oberpräsident Nölke hat das Erscheinen des „Wörterbuches“ auf drei Wochen verboten. — Die Deutschnationalen haben zwei Interpellationen eingebracht. Die eine handelt von den Vorgängen in Darmstadt, die andere die Begehren in Thüringen. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ sind in der Schreibweise kaum noch unterscheidbar, erklären sie als eine Frechheit der sich wiederholt fühlenden Reaktion. — Im besetzten Rheinland werden zahlreiche, aus dem Innern Deutschlands eintreffende Rekrutentransporte auf die einzelnen Kreise verteilt, um die im Herbst zur Entlassung kommenden Mannschaften zu ersetzen. Die Franzosen denken also offenbar gar nicht daran, die Höhe der Besatzungsarmee zu verringern, obwohl sie fast doppelt so hoch ist als nach dem Rheinlandabkommen zulässig scheint. So wird Deutschland für unproduktive Zwecke immer weiter ausgezogen.

**Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer.**

**Stuttgart, 7. Juli.** Der 3. Beratungstag der Landwirtschaftskammer, an dem zunächst Wagenast, Kenzigshausen, und Staatspräsident Dornung den Bericht führten, und dem auch Reichsminister Keil anwohnte, brachte zunächst einen ausführlichen begründeten Vortrag von Landesökonomierat Bazzan zu verschiedenen Steuerfragen. Gleichseitig begründet er eine umfangreiche Entschließung, die dahin geht: Die Würt. Landwirtschaftskammer ist sich bewußt, daß angesichts der gegenwärtigen finanziellen Notlage des Reichs die Steuerlast des deutschen Volkes bis aufs äußerste angepannt werden muß. Da aber der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wesentlich von der Bekämpfung der landw. Erzeugung abhängt, so darf die Steuerlast nicht so weit gehen, daß jede wirtschaftliche Fortentwicklungsmöglichkeit von vornherein gelähmt wird. Demnach wird eine Reihe Forderungen aufgestellt: 1. Die Freiheiten und die Steuerkräfte bei den verschiedenen Steuerarten sind jeweils der Geldentwertung anzupassen. 2. Die Veranlassung des landw. Grund- und Betriebsvermögens zur Vermögenssteuer, zur Erbschaftsteuer und zur Zwangsanleihe soll nach dem Ertragswert zu erfolgen, und zwar ist der Ertrag von mindestens 10 Jahren, bei Spezialkulturen von mindestens 15 Jahren zugrunde zu legen. Bei der Kapitalisierung des Vermögens ist der Ertragsfaktor den heutigen Verhältnissen auf dem Geldmarkt anzupassen. Da zuerst bei langjährigem Kredit mit einem mittleren Zinssatz von mindestens 6 Prozent zu rechnen ist, darf kein höherer Ertragsfaktor als 17—18 (beim Reichtumstopfer 30) angenommen werden. Im Interesse der für die landw. Produktion so wichtigen Erzeugung des Grundbesitzes in der Familie ist die Erbschaft- und Schenkungssteuer für die erste Erbschafts- (Ergattungs- und Erbschafts-) Klasse zu befreieren. 4. Bei der Besteuerung des Einkommens sind neben der Anpassung der Freigrenzen und der Steuerlasten an die Geldentwertung verlangt: a) daß in Betrieben

mit ertragsunfähiger Sonderkulturen wie Weinbau, Hopfenbau usw. dem großen Risiko entsprechend besondere Rücklagen gemacht werden dürfen, und daß bei der Veranlagung dieser Spezialkulturen auch Spezialabverhandlungen zugunommen werden; b) daß außerordentliche Wabnungen, die einer Verbesserung von Vermögensbestandteilen gleichkommen, nicht bei der Einkommensteuerveranlagung, sondern nur bei der Veranlagung des Vermögenszuwachses erfasst werden; c) die Bildung größerer Kaufkraftkreise für die Umw.- und Einkommensteuer mit gleichartigen wirtschaftlichen und natürlichen Verhältnissen dürfen wir für zweckmäßig; eine Anpassung der Kaufkraft an die anderen Kaufkraften ist mit Rücksicht auf eine gleichmäßige Veranlagung unerlässlich; 5. Sofern die auf das Reichsnotopfer zu viel bezahlten Beträge nicht der darauf entfallenden Zinsen den Steuerpflichtigen nicht ohne besonderen Antrag (§ 30 des Vermögensgesetzes) zurückerstattet werden, muß verlangt werden, daß seitens der Finanzämter jedem Steuerpflichtigen ein besonderer Hinweis auf die betr. Bestimmungen angesetzt wird. 6. In der Frage der Zwangsanleihe geht die Würt. Landw. Kammer mit dem von Deutschen Landwirtschaftsrat am 30. Juni in München gefassten Beschluß einig. — Abg. Dingler, Calw, berichtet eingehend über die Landesbesteuern, namentlich über die neuen Katastergesetze unter Berücksichtigung folgender Entschlüsse: Bei der Festsetzung der Höhe des Aufschlags zum Grundsteuerfaktoren sollen mit Rücksicht auf die schwächeren Ertragsverhältnisse innerhalb ein- und desselben Veranlagungsbezirks eine größere Zahl von Ertragsklassen berücksichtigt werden. 2. Bezüglich der Änderung zum Landessteuergesetz: a) Eine Begrenzung der Gemeindefinanzkraft aus Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nach oben ist unbedingt durchzuführen; b) bei der Wertzuwachssteuer ist bei Verläufen von dauernd landwirtschaftlich benutzten Grundstücken von Landwirt zu Landwirt Steuerermäßigung vorzuziehen. Bei der Staffelung der Steuerlast ist die Befreiung des Bauherrn usw. zu berücksichtigen. 3. Die Würt. Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei dem Wohnungszugabengesetz Gebäude und Grundstücke, die nur landw. Zwecken dienen und deshalb keinen Mehrwert abwerfen, von der Umlage befreit werden. Ferner wird die Staatsregierung ersucht, Gehaltssteuern der Würt. Landwirtschaft durch das Wohnungszugabengesetz unter keinen Umständen höher zu belasten, als dies im übrigen Deutschen Reich der Fall ist. — In der Aussprache werden verschiedene freierliche Wünsche vorgetragen. Ernährungsminister Keil befragt die Stellungnahme der Regierung zu den Beratungen der Landwirtschaftskammer. Es könnte nicht jedes Gesetz und jede Verwaltungsmaßnahme von der Kammer behandelt werden, wenn sie auch mit Ernährungsfragen zusammenhängen, wie z. B. die Steuerfrage. Es sei bisher der Standpunkt vertreten worden, daß die Landwirtschaft sehr hart zur Steuerlast herangezogen werde. In der Gegenwart könne sich aber kein Stand über die Steuerermäßigung festlegen. An der furchtbaren Belastung des deutschen Volkes könne niemand etwas ändern. Mit dem allgemeinen Gehalten der Entschließung sei der Minister einverstanden, über Einzelheiten beständen jedoch Meinungsverschiedenheiten. Bezüglich der Veranlagung der Landwirtschaftskammer befragte den Direktor Ströbel, daß das Landesfinanzamt zugelassen habe, daß die Landwirtschaftskammer befragt werde und daß deshalb das Jahr 1921 verhältnismäßig günstiger abgeschlossen habe in der Steuererhebung. Daraus wurden die Entwürfe zu den Steuern gegen 2 Stimmen der Arbeitnehmer angenommen. Der Mann, Blausfeld, und Reichsrat Otterbach berichteten über das Ankerrecht und begründeten folgenden Antrag: Die Landwirtschaftskammer hält im Interesse der Erhaltung orts- und betriebsförmiger landw. Betriebe die geforderte Einführung des Ankerrechts für erwünscht, und zwar in der Form der freiwilligen Eintragung in die Güterrolle. Der Anker soll das Recht erhalten, den landw. Grundbesitz ungeteilt zum Ertragswert mit einem Bonus zu übernehmen. Die Ritterden sollen Anspruch auf hypothekarische Sicherstellung und Verzinsung ihrer noch nicht abbezahlten Erbteile sowie für die Dauer ihrer Minderjährigkeit Anspruch auf Unterhalt haben. Dem überlebenden Ehegatten soll ein Mindererbrecht eingeräumt werden, falls der Anker innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach dem Erbfall das Ankerrecht weiter veräußert, soll er verpflichtet sein, die ihm durch das Ankerrecht zugefallenen Vorteile zur Ausgleichung mit den Erben zu bringen und soll den Minderden ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Die Regierung wird ersucht, eine geforderte Regelung des Ankerrechts in diesem Sinne zu veranlassen. Der Antrag wurde angenommen. Schiele, Würzburg, und Reichsrat Otterbach berichteten sodann über Leibgebung und die Notlage der Alten, worauf der Antrag Annahme fand: Die Landwirtschaftskammer ersucht die Regierung, geeignete geforderte Maßnahmen zu veranlassen, die eine Anpassung der Leibgebende an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen. Dornung, Schaubert, berichtete über Kapitalversicherung und beantragte, daß die Frage der Errichtung besonderer landw. Kostloskeitsversicherungsanstalten in Württemberg vom Kommerciauschuß für Wirtschaftspolitik geprüft und das Ergebnis der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Schultheiß Benz gab einen Bericht über die genossenschaftliche Lieberwertung und beantwortete sie in einer Entschließung. Vogt, Gochs, berichtete über das Dillwerk der deutschen Landwirtschaft auf Grund eines Antrags des Kammerpräsidenten, der dahin geht: Die Würt. Landwirtschaftskammer erbringt in dem von den Reichsorganisationen der deutschen Landwirtschaft aufgestellten Hilfswerk, wonach umfassende Maßnahmen zur Produktionssteigerung getroffen werden sollen, eines der wichtigsten Mittel zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat sie schon im Jahre 1920 die Grundzüge für die Förderung der Erzeugung in fog. Grundplänen für die einzelnen landw. Verrichtungsgegenstände niedergelegt und ist bestrebt, die aufgestellten Förderungsmaßnahmen mit allem Nachdruck durchzuführen. Sie ist überzeugt, daß sie in diesem Bestreben die volle Unterstützung sämtlicher landw. Württemberg findet. Daraus wurden noch kleinere Gegenstände erledigt. Präsident Adorno schloß die Hauptversammlung um 1 Uhr mit Dankworten.

**Stuttgart, 8. Juli.** Bei der Tagung der Würt. Landwirtschaftskammer berichtete Reichsrat Dr. v. Stauffenberg über die Wünsche der Landwirtschaft betr. die Sonntagsgesetze im Gewerbe. In einer Entschließung wurde gefordert, daß in den kleineren Städten und Orten des Landes die Läden wenigstens an zwei Sonntagen im Monat 6 Stunden lang geöffnet sein dürfen, soweit die Ladenbesitzer Angestellte nicht in Anspruch nehmen. — Bezüglich eines Beitrags zur Kaiser- und Lehrenanstalt in Wangen l. A. seitens der Kammer wurde unter der Bedingung Zulage gegeben, wenn das Unternehmen mehr landwirtschaftlichen Interessen zugänglich gemacht und der Landwirtschaft ein entsprechender Einfluß auf die Geschäftsführung der Anstalt zugesichert wird.

**Das Würt. Zentrum gegen Regierungserweiterung nach links.**

**Stuttgart, 8. Juli.** Die Würt. Zentrumskorrespondenz warnt in einem Artikel vor einer Bereinigung der Unabhängigen in die Koalitionsregierung auf nachdrücklichste. Die Stimmung sei, soweit Württemberg in Betracht komme, unbedingt gegen eine Regierungserweiterung des Zentrums mit den Unabhängigen. Eine solche Koalitionsregierung widerstrebe den Gefühlen und grundsätzlichen Auffassungen der Zentrumswähler. Der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung sei im Hinblick auf die Struktur der Zentrumspartei mir sehr schwer zu ertragen. Weder die Arbeiter noch die Bauern, Beamte, Mittelstandsberechtigten und alle übrigen Kreise der Partei würden es wünschen, daß Seite mit dem Zentrum zusammen die Verantwortung für die Regierung tragen und ihre Richtung bestimmen sollen, die noch vor kurzem die Diktatur des Proletariats trieben und heute noch einem ganz üblichen Wortabfallsismus huldigen.

**Die christlichen Metallarbeiter der Rheinpfalz zur Lage.**

Am Sonntag fand in Remscheid a. S. eine stark besuchte Vertreter-Tagung des christlichen Metallarbeiterverbandes für das rheinische Gebiet der Pfalz statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Bezirksleiters, Landtagsabgeordneten Gengler, Stuttgart, brachten die Vertreter ihre Stellung zur gegenwärtigen Lage in einer Entschließung zum Ausdruck, in der es u. a. heißt: „Die Vertreter-Konferenz verurteilt scharfsteins das grauenhafte Verbrechen, dem der verdiente Reichsminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist. Die versammelten Gewerkschaftsvertreter stellen sich hinter die Reichsregierung und erwarten, daß diese mit aller Entschiedenheit gegen die Bestrebungen und volksfeindlichen Taten vorgeht. In warnen ist jedoch davor, daß nach dieser nachwiederholten Tat verdrückliche Elemente und ihre Gefinnungsgegenossen unbedenkenliche Maßnahmen treffen, die unter leidenden Volk und vor allem unsere Arbeiterfamilien in noch größerem Elend bringen. Der Mißbrauch der gewerkschaftlichen Kampfmittel, vor allem des Streiks, wie es jetzt von den sozialistischen Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterchaft zugunommen wird, ist abzulehnen. Zum Schluß spricht die Konferenz der christlichen Metallarbeiter der Rheinpfalz ihre Befriedigung darüber aus, daß Reichstag und Reichsregierung die Beibehaltung der Getreidemenge beschlossen haben, die im Interesse der Volksernährung eine absolute Notwendigkeit ist. Den wucherischen Auswüchsen in der Preisbildung muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden.“

**Deutscher Reichstag.**

**Berlin, 7. Juli.** Die gegenwärtige politische Erörterung im Reichstag hat sich zu Beginn der Freitagsdebatte über die Reichswehr entwickelt. Schon zu Beginn der Freitagsdebatte trieb der Präsident mit, daß Reichswehrminister Dr. Gessler wegen der zahlreichen Angriffe gegen die deutsche Armee, die Einziehung eines parlamentarischen Untersuchungsantrages beantragt habe. Der Reichsausschuß wird sich mit dieser Angelegenheit befassen. Eine kurze Anfrage der bayerischen Volkspartei wird dahingehend beantwortet, daß bis zum 3. Juli an die Entente geliefert wurden: 143 000 Pferde, 175 000 Rinder, 209 000 Schafe, 21 000 Ziegen und 246 000 Döhrner, und daß noch 81 000 Pferde, 92 000 Rinder und 77 000 Schafe zu liefern sind. Die nächsten Lieferungen gehen aus Süddeutschland ab. Darauf wurde die Beantwortung der Interpellation über antirepublikanische Kundgebungen fortgesetzt. In der danach wieder aufgenommenen Interpellationsdebatte sprach Abg. Deniel (D.P.) seine gestern abgegebene Rede zu Ende. Zwischenfälle ereigneten sich dabei nicht, da die gesamte Linke des Hauses und auch die demokr. Fraktion während der wenigen Worte, die der Deutsch-Nationale noch zu sagen hatte, den Saal verließen. Der Demokrat Gäh aus Leipzig beantragte, daß immer wieder die Dolchstoßlegende vorgebracht werde, obwohl selbst der frühere deutsche Kronprinz zugegeben habe, daß das Schicksal der deutschen Armee bereits im August 1914 besiegelt war. Er beklagte die parteipolitische Voreingenommenheit gegen die Reichswehr, die ein Stück des deutschen Volkes sei. Die Reichswehr ist wieder eine militärische Truppe, die sich jeden lassen kann. Wieder eine tüchtige Truppe, unter der sich monarchisch gefasste Republikaner befinden, als eine aus lauter gefinnungsrichtigen Republikanern bestehende, die nichts leistet. Die Kritiker werden keinen Fall kennen, in denen die Reichswehr sich antirepublikanischer Handlungen schuldig gemacht hat. Mit einer sehr scharfen Wendung verurteilte dann Abg. Gäh das Verlangen der sächsischen Regierung an die Reichsregierung, den Wehrminister zu entlassen. Die sächsische Regierung könne offenbar die Reichsverfassung nicht, und der Reichstag als die berufene Vertretung dieser Verfassung möchte das Vergehen der sächsischen Regierung als eine grobe Ungehörigkeit entzünden zurückweisen. Der Reichswehrminister ist nicht verantwortlich, wenn Kriegsverbrechen in Parade vor einem beherrschten Bringen vordemarschieren. Er hat angeordnet, daß Ehrenbezeugungen nur aktiven Vorgesetzten zu erweisen sind. Man muß bedenken, was es heißt, daß sich die Entlassung von 100 000 Mann und 3000 Offizieren unter Wehlers Amtsführung reibungslos vollzogen hat. Man sollte nur einmal versuchen, 100 Volkbeamte zu entlassen. Der Sozialdemokrat Dr. David befragte eingehend die Lage des Julienerbes im Jahre 1918, um nachzuweisen, daß die Behauptung von der Dolchstoßlegende eine Lüge sei. Er sei ein Hindenburgverehrer gewesen, bis zu dem Tage, an dem auch Hindenburg sich zur



Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Juli. Der Rechtsausschuss des Reichstags hat das Gesetz zum Schutze der Republik angenommen. Seine Geltungsdauer ist auf 5 Jahre berechnet.

Berlin, 9. Juli. Heute trat der Rechtsausschuss des Reichstags zusammen, um in zweiter Lesung den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik zu beraten. Abgelehnt wurde ein Antrag der Linksparteien, der für dieses Gesetz die Todesstrafe abschaffen wollte. Es bleibt also bei der Todesstrafe. Nach weiterer Beratung wurde dann in zweiter Lesung der ganze erste Teil des Gesetzes, der die Strafbestimmungen zum Schutze der Republik enthält, im wesentlichen in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Hierauf wandte sich der Rechtsausschuss den Gesetzesbestimmungen über den Staatsgerichtshof zu.

Berlin, 10. Juli. Laut „Vorwärts“ ist ein Antrag der Koalitionsparteien auf Schaffung eines Nationalfeiertags mit folgendem Wortlaut dem Reichstag zugegangen: § 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Verfassungstag (11. August). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung. § 2. An dem Nationalfeiertag sind im Gebiet des Deutschen Reichs alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Schüler und Lehrer verbindliche und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten.

Berlin, 9. Juli. Die gestern im Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen im Berliner Buchdruckerstreik sind ergebnislos verlaufen.

Deutchen, 10. Juli. Als sich gestern der Präsident des Schiedsgerichtshofs für Oberschlesien, Professor Kaelenbeck, mit seinen Eltern und in Begleitung des Generalsekretärs Vorkmann im Automobil nach Kattowitz begab, fing das Auto vor der Stadt Feuer und stand in kurzer Zeit in hellen Flammen. Die Insassen konnten sich ohne Schaden zu nehmen retten.

Oppeln, 9. Juli. Heute vormittag ist die Regierungsgewalt an den deutschen Vertreter übergeben worden. Darauf sind die Mitglieder der internationalen Kommission, Le Rond, de Marini und Stuart, abgereist.

Prag, 9. Juli. Der Abgeordnete der tschechoslowakischen Nationalversammlung Josef Bichenda wurde gestern mittag in einer Privatwohnung in Witschowitz erschossen. Wahrscheinlich handelt es sich um persönliche Angelegenheiten.

Paris, 8. Juli. Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den der 11. November jedes Jahres als Waffenstillstandstag zum Feiertag erklärt wird. Weiter hat die Kammer der Regierung die Ermächtigung erteilt, das Annestiegsgesetz vom vorigen Jahr noch ein weiteres Jahr in Kraft zu belassen.

Paris, 9. Juli. Der „Chicago Tribune“ wird aus Dordrecht gemeldet, daß eine Feuersbrunst an Bord eines holländischen Passagierdampfers ausbrach und daß 658 Fahrgäste, die an Bord waren, das Schiff verlassen mußten. Bei 15 der Lösungsmanövern wurden Vergiftungserscheinungen festgestellt. Der Dampfer kann erst am Dienstag abfahren.

Eine Rede Scheidemanns.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Oberbürgermeister Scheidemann sprach heute in dem dicht gefüllten Saal des Palmengartens über die Entwicklung der politischen Zustände Deutschlands seit 1918. Einer der größten Fehler von 1918 sei der gewesen, die Freiheit der Presse anrecht zu erhalten. Gegen die Reaktion müsse der Kampf bis aufs Messer geführt werden, wenn man nicht selbst dem Messer oder dem Revolver zum Opfer fallen wolle. Gegen die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition verbieth sich Scheidemann ablehnend. Was man brauche, sei die Hilfe des ehrlichen demokratischen Bürgertums, die sozialistischen Parteien allein seien nicht in der Lage, Deutschland zu repräsentieren, mit dem auch die Ententeländer, mit denen man noch sehr hart rechnen müsse, verhandeln würden. Dieses Bürgertum müsse man gern und freudig willkommen heißen. Die Einigkeit unter den Arbeitern schreite fort. Sie seien zum Kampf bereit, zum Kampf mit geistigen Waffen. Aber die Arbeiterkraft könne auch den anderen Kampf nicht, wenn er ihr aufgezwungen werde. Das Gesetz zum Schutze der Republik würde bedrucktes Papier bleiben, wenn nicht der Wille dahinterstehe, das, was daraus folge, auch in die Tat umzusetzen. Wenn die Reaktion weiter so arbeite wie bisher, werde man in Deutschland den blutigen Bürgerkrieg haben. Schließlich meinte Scheidemann, man solle an das Volk appellieren und den Reichstag auflösen.

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei zur Lage.

Berlin, 9. Juli. Der heute hier versammelte Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei genehmigte einstimmig eine Entschliessung, in der es heißt: Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei erhebt einstimmig Protest gegen die Verpestung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Aufreizung der Mordinstinkte. Die schwarzen Mordorgane gegen solche Agitationen und Organisationen finden seine Zustimmung. Der Streit um die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu schweigen. Wir sind überzeugt, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir dem Schutze dieser Verfassung und der Verwirklichung der Reichstagsfraktion zu, an dem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ausnahmegesetzes genommen wird. Von der Regierung verlangen wir die Wiederaufrichtung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße. Wir verwahren uns gegen jede Schmälerung der großen Vergangenheit. Wir wollen die Reichsflagge gegen Verächtlichmachung geschützt wissen, aber wir wenden uns ebenso gegen jede Verdrängung der schwarzwertigen Farben, die uns das Symbol der errungenen deutschen Einigkeit sind. Im Interesse der so notwendigen inneren Begründung wenden wir uns gegen jede Verberbung auch durch rechtsradikale Elemente mit rücksichtsloser Schärfe.

Ueberfall auf deutsche Turner.

Prag, 9. Juli. Nach einer Meldung des tschechoslowakischen Pressebüros wurden deutsche Turner, die sich in einem Sonderzug zu einem Turntag nach Komotau begaben, gestern nacht in der Station Wälsch-Lentersdorf von einer Menge von 150 Personen aufgefordert, die großdeutsche Triflore abzulegen. Als die Turner dies ablehnten, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß, wobei an Seiten der Turner 14 Personen verletzt wurden. Den Turnern wurden 3 Vereinsfahnen weggenommen. Die deutschen Turner melten übereinstimmend zum Ueberfall, daß die angreifende Menge mit Knütteln, Eisenhaken, Steinen und anderen Kampfwerkzeugen bewaffnet war. Den aus dem Schlaf geweckten Turnern wurden ihre Abzeichen, Knöpfe usw. entzogen. Die begleitenden Frauen wurden ausgeplündert. 21 Verletzte wurden festgehalten, wovon

Vermischtes.

München, 7. Juli. Die Passionswilde in Oberammergau haben bisher 80000 Personen besucht, darunter 12000 Ausländer.

Berlin, 8. Juli. Von unternichteter Seite wird zur Lage im Buchdruckerstreik mitgeteilt, daß ein Schlichtungsausschuss eingesetzt worden ist.

Wie man es aussieht... Als Reugieriger habe ich jüngst mit dem Betrieb der Berliner Effektenbörse angeheben. Zwei Stunden lang brüllten, schrien, tobten Hunderte von fanatisierten Menschen, sie drängten, traten, stießen und bogten sich, einer wider als der andere. Ein ohrenbetäubender Lärm von tausend Besten, Worte Sammelzelle. Im Abendblatt war dann zu lesen: Die Börse verlor die Hälfte und halbes.

Eine Waz-Dolz-Strafe in Horede. Die Doerder Stadtverordnetenversammlung nahm, wie die „Kote Haber“ triumphehend berichtet, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die die Mehrheit haben, den Dringlichkeitsantrag dieser Parteien an, die Namen von prächtig Strafen umzuändern. Unter anderen wurden folgende Benennungen gewählt: Wazstraße, Bedelstraße, Rosa Luxemburgstraße, Niehnstraße, Goresstraße und die Villenstraße der „Vontgroffe“ taufte man Waz-Dolz-Strache. Waz-Dolz-Strache — das ist ja ungefähr die Höhe!

Ein Kriegenbrand entlief am Donnerstag durch Finkenflug bei der Schule Oberlaufisch. Tausend Mann beteiligten sich an den Arbeiten. Dem „Sprenger Anzeiger“ zufolge ist die verbrannte Waldfläche auf 2000 Morgen zu schätzen.

1712563 deutsche Gefallene. 1712563 deutsche Gefallene sind bis jetzt aus dem Kriege nachgewiesen worden. Für die Jahre 1914 bis 1919 waren in den deutschen Standesamtsregistern 1691841 Militärpersonen als gefallene vermerkt. Inzwischen wurden nachträglich noch 19313 Sterbefälle gemeldet. Dazu kommen 1699 Auslandsdeutsche. Von der ursprünglichen Zahl kommen auf 1914 schon 241343. Die Zahl stieg 1915 auf 434634, fiel 1916 auf 340488 und 1917 auf 281906. Im Jahre 1918 mit seinen schweren Angriffen stieg sie wieder auf 397777. Noch aus 1919 wurden 14314 nachgewiesen. Den größten Anteil hat das 20. Lebensjahr, in dem 158265 Soldaten oder 2,35 Prozent starben. Unter 20 Jahren waren 1914 im Reich 46,31 Proz., in Bayern 48,15 Proz., in Württemberg 49,21 Proz., in Berlin nur 38,15 Proz. Die Unterschiede erklären sich aus der verschiedenen Zusammensetzung der Bevölkerung in Stadt und Land. Im Laufe der Kriegsjahre ging der Höhepunkt der Sterbefälle immer mehr auf jüngere Altersklassen zurück. Von 1915 mit 21-22 Jahren auf 1918 und 1917 mit 20-21 und 1918 mit 19-20 Jahren. Es mußten immer jüngere Jahrgänge ausgebildet und an die Front gestellt werden. Von der Gesamtzahl waren 68,75 Proz. ledig, 30,64 Proz. verheiratet.

Die Kolliminen im Elsch. Unter dem Trude der Verhältnisse hat die Direktion der Kolliminen bei Betschelsheim zahlreichen Angehörigen, darunter auch höheren Beamten, gekündigt. In der deutschen Zeit waren die Kolliminen ein blühendes Unternehmen.

Der „Avanti“ stellt sein Erscheinen ein. Der „Avanti“, das sozialistische Zentralorgan Italiens, hat wegen des starken Rückganges seiner Leser das Erscheinen eingestellt.

„Rechts liegen“! Um im Luftverkehr größere Sicherheit zu gewährleisten, haben die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Belgien Bestimmungen für die bei der Überquerung des Kanals einschlagenden Wege erlassen. Die Flugzeuge müssen in der Richtung London-Paris die Hauptverkehrsachse von Ostend in Surree bis Abford in Kent und in Frankreich von Etaples bis Abbeville verfolgen, dann an der Hauptstraße bis Brucen entlang fahren. „Rechts liegen“ ist die Hauptregel; dabei haben sich die Flugzeuge mindestens 100 Meter von diesen Straßen oder Bahnlinien entfernt zu halten, und wenn sie kreuzen müssen, dies im rechten Winkel und so hoch wie möglich auszuführen. Wenn es legend angeht, sollen sie sich außerhalb der Wolken halten, damit sie gesehen und gefolgt werden können. Man wird wohl auch bald das Ordnungsstatut mit dem Luftpostisten erdienen.

Wirtschaftliche Bodenrundschau.

Geldmarkt. Bei einem Dollarkurs von 168 Mark, d. h. 100 Mark mehr als vor 8 Tagen, bedarf es zur Charakterisierung des Geldmarktes nicht vieler Worte. Die Geldknappheit wird allmählich unerträglich und trägt ihrerseits dazu bei, die Teuerung zu beschleunigen. Ein Wertretrennen nach Devisen und eine wilde Spekulationswut hat die Kennzeichen unserer jetzigen Wirtschaft. 100 deutsche Mark kosteten am 6. Juli in Zürich gerade noch 1,16% (am 29. Juni 1,42%) Franken; in Amsterdam 0,57 (0,70%) Gulden; in Kopenhagen 1,05 (1,31) in Stockholm 0,90 (1,10) Kronen; in Wien 0,670 (0,995), in Prag 1,8250 (1,820) Kronen und in Warschau 0,21 drei Hinkel (0,27) Dollar.

Börse. Jetzt hat auch an der Effektenbörse wieder eine scharfe Douffe eingesetzt, die die Kurse 100prozentig in die Höhe treibt und, seitdem der Dollar die 400-Mark-Grenze überschritten hat, keine Schranken mehr kennt. Alle Arten von Effektenpapieren wurden während der letzten Tage in wildem Tempo gekauft. Man fragte nichts mehr nach den innerweltlichen Schwierigkeiten. Die Großbanken scheinen jedoch vorsichtig zu sein und allen Kaufwünschen entgegenzutreten zu wollen, was jedoch vorläufig noch keine erkennbare Wirkung erzielt hat. Am meisten gesucht sind natürlich Industriebörsen, von den württ. Werten Spinnererei und Maschinenbau.

Produktenmarkt. Der Weizenkurs hat die Landmarkt-Grenze überschritten! Das war in der Geschichte Deutschlands noch nie da. Aber es beweist, daß wir jetzt überreichliche Preise und Zustände haben. Preisverrücktheit wird die Tatsache, daß das Angebot in inländischer Ware, wie übrigens immer am Schluß eines Erntejahres, nur noch klein ist. Die Stuttgarter Landesproduktbörse hat am letzten Montag Preisnotierungen unternommen, weil ihr die Situation zu unübersichtlich erschien. In Berlin dagegen notierten am 6. Juli Weizen 1025-1050 (plus 100) Mark, Roggen 790-818 (plus 140), Sommergerste 910-925 (plus 130), Hafer 850-865 (plus 150), Mais 770-775 (plus 140) und Weizenmehl 2750-2800 (plus 250) Mark.

Warenmarkt. Auch hier natürlich Kaufe auf der ganzen Linie. So wurden beispielsweise an der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart am 5. Juli Baumwollgarne um 90 Mark, d. h. um 33% Prozent, Baumwollgewebe um 12 Mark, d. h. um 25 Prozent mit einem Schlage hinaufgeschleift. Rohle, Eisen, Metallwaren aller Art, Häute, Leder, Schabwollen usw. alles zeigt frunghafte Preissteigerungen. Ueberall stehen neue Lohnforderungen in Aussicht, die natürlich weiter verteuern werden müssen.

Hiebmarkt. Auch hier haben die Preise wieder angezogen. Ein schönes Milchschwein kostet 3000 Mark. Die Schlachtviehpreise sind infolgedessen auch die Fleischpreise in den Läden geworden sich rasch aufwärts. In Stuttgart ist man auf einen Schweinefleischpreis von 100 Mark gefaßt, ein Rittgessen unter 40 Mark nicht mehr zu bekommen. Doßmarkt. Lage unverändert fest.

Stuttgart, 8. Juli. (Verwerfung Berufung.) Das Landgericht hatte Paul Böttcher wegen Beleidigung im Sommer 1918 zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um große Beleidigungen der württ. Richter. Die beim Reichsgericht eingelegte Berufung des Angeklagten wurde verworfen.

Stuttgart, 8. Juli. (Entlassung von Lehrern wegen Streik.) Nach der Württ. Lehrerschaft sind wegen Streik aus der Kirche vier Lehrer, zwei ständige und zwei unständige, entlassen worden. Der Vorstand d. S. Württ. Lehrervereins hat bei den zuständigen Stellen bereits Schritte unternommen, weil er die Entlassung der zwei ständigen Lehrer für beamtenrechtlich unzulässig hält.

Stuttgart, 8. Juli. (Erzwing.) Staatspräsident und Kultusminister Dr. Dierker hat dem Direktor Hans Heinrich Heller zu seinem 50. Geburtstag den herzlichsten Glückwunsch ausgesprochen und dem Wunsch, daß ihm seine Schaffenskraft und Sozialfreundlichkeit zur Freude aller Freunde wahrer, tiefer Bedeutung noch lange in aller Frische erhalten bleiben möge.

Heilbronn, 8. Juli. (Weidenjagd.) Studentent Dr. Kub, der bekanntlich am 4. Januar bei dem Lavinnenunfall am Neckar als Lourengefahrte von Trägereier Wald hier verunglückt wurde, ist jetzt geborgen worden. Der letzte Verunglückte ist somit geborgen.

Katholisch, 8. Juli. (Kohnabtreibung.) Das Schwurgericht verurteilte wegen verächtlicher Kohnabtreibung die Witwe Friederich Sturm von Glaten zu vier, die Dienstmagd Marie Heindricher zu 2 Monaten, die Küsterin Maria Andolphi Heindricher zu 2 Monaten, den Küsterin Friedrich Heindricher zu 2 Jahren Zuchthaus, den Naturheilkundigen Friedrich Heindricher zu 9 Monaten Gefängnis, den Hipster Weindricher zu 3 Monaten und den Seindauer Weindricher in Dornheim zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Zattlingen, 8. Juli. (Die neue Vollveränderung der Donau.) Professor Dr. A. Endrig teilt über den Verlauf der nunmehr wieder eingetretenen Schwundung des Donauflusses in Schwarzwalddonau und Ribdonau folgendes mit: Nachdem schon am Abend des 8. Juni auf etwa 1 Stunde und in der Nacht vom 9. auf 10. Juni auf einige Stunden der Donauaufließ unterbrochen, durch größere Abflüsse infolge Gewitterregen mit Wasser bis etwa 100-Sel. Kubilmeter Stärke jedoch wieder abfließen worden war, ist am 1. Juli abends die erste abnauernde Vollveränderung dieses Jahres eingetreten. Die Hauptveränderung erfolgte im Gegenstand in früheren im Frühling. Erst tags darauf trat eine Verrückung der Donau von 2 1/2 Kilometer fest ein. Dieses verhältnismäßig sehr rasche Zurückweichen bzw. Verrückung der Schwarzwalddonau in eine neuerliche und läßt vermuten, daß auch heute wieder die Wiederkehr der Schwarzwalddonau bis zum Immenrieden sich einstellen wird. Die Einflüsse am Dattlinger Weg haben eine gewisse Sperrung erfahren. Sie sind angefüllt mit schwebigen Schlamm mittlerer Größe, die bald der Verweilung anheimfallen werden. Kleine vererdete Fische, meist Hechte, liegen vielfach im ganzen Bett zerstreut. Kräben säubern das Bett das Bett von dem angefallenen Kog. Der Grund des abgedeckten Flußbettes mit den verweilenden Wasserpflanzen und Tierleichen ist grauenerregend.

Vaihingen, 8. Juli. (Wermut-Tat.) In der Nacht wurde bei einem Waldesjagd ein fährlicher Bienenstich des Landwirts Kägele auf dem demnachstlichen Wäldchen von böswilliger Hand angezündet und durch den Brand zerstört. Der Verlust an Wermut allein beträgt etwa 2 Zentner.

Heddingen, 8. Juli. (Einbruch.) Bei einem Bauern in Heddingen wurde eingebrochen. Als Täter dürfte der Landbesitzer der Wenz in Frage kommen. Bei seiner Verfolgung wurde zweimal auf ihn geschossen, worauf er seine Flucht unternahm und in der Dunkelheit entkam.

Tettnang, 8. Juli. (Viel Leid.) Vom Unglück verfolgt ist die Familie Gerold in Dattlingen. Vor einigen Jahren wurde ihr die älteste Tochter im jungen Alter entzogen. Ein Sohn fiel auf dem Felde der Ehre. In den letzten Monaten starb der Vater, fast darauf die junge Gattin nach Operation im Alter von 36 Jahren. Vor einigen Tagen starb der junge Werner Gerold vom Deuboden ab in eine eiserne Gabel, die ihm die Lunge durchschlug. Der Bedauernswerte liegt im Krankenhaus in Friedrichshafen.

Saßler, 8. Juli. (Steuerhinterziehung.) Vom Finanzamt wurden im letzten Halbjahr in 7 Fällen der Umsatzsteuerhinterziehung auf 122 000 Mark, in 10 Fällen der Hinterziehung von Grunderwerbsteuer auf 81 000 Mark, und in einigen Fällen von Wandererwerbsteuer auf 1600 Mark Strafen erkannt. Eine Reihe weiterer Fälle wird demnächst zur Aburteilung kommen.

Dugo Balms Witter in großer Not!

Die große Witter des im Anfang des Weltkrieges in Ostpreußen ermordeten Abenteurermissionärs Dugo Balms von Heddingen ist in Kappaden (Baden) in schwerer Bedrängnis. Sie liegt hilflos im Bett und wird, da ihr die von mir bei Staatssekretär Dr. Solz f. H. erwirkte Resten-Unterstützung leider wieder entzogen werden mußte, abgedeckt von einer minimalen Unterstützung durch die Abenteurer-Witwen, ausschließlich von ihrer Tochter ernährt, die selbst nur 2000 Mark Monatsgehalt hat. Ein Scherlein aus Schwaben, das an Frau Emma Kienert, Kappaden (Baden) raschert eingeschlagen wird, kann die letzte Lebensspanne dieser alleinstehenden Wittern-Witwer mit freundlichem Abendrot verlängern. Darf ich hierzu alle warmherzigen Landsleute als Wittern-Kind freundlich bitten? Dr. Fritz Waser, Berlin-Friedenau.

Saben.

Konstanz, 8. Juli. Wie die Konstanzer Zeitung meldet, scheint dem Weltmeister Emil Schreiber eine Erfindung gelungen zu sein, die geeignet ist, nicht nur auf dem Automobilmarkt Beachtung zu finden, sondern auch das Interesse aller Automobilisten auf sich zu ziehen. Es handelt sich um einen Apparat, der den durch Automobile aufgewirbelten Staub an den Automobilen selbst sammelt. Der Erfinder hat zu diesem Zweck an den Hinterrädern eines Konstanzer Privatautos bis jetzt zum Boden reichende Saugtrichter angebracht, die eine bei Erschütterungen des Wagens sich bewegende Gabelnbebeln haben und die in die mit der hinteren Achse verbundene Saugtrichter führen, die ihrerseits durch eine auf das rechte Hinterrad aufgelegte Nimmenscheibe angetrieben wird. Von der Trommel wird der angesaugte Staub in einen Behälter geleitet, der sich unter der Karosserie befindet und entweder von Hand oder automatisch nach Aufnahme von 15 Kilogramm von Staub entleert wird. Die Versuche haben gezeigt, daß die Reinigung tatsächlich mehr als 50 Prozent der gesamten Staubentwicklung der Straße entzieht. Die Erfindung ist bereits in In- und Auslande patentiert.

Mannheim, 8. Juli. Die Belegschaft des städtischen Elektrizitätswerkes ist heute vormittag fast um 12 Uhr wegen Lohnforderungen in den Streik getreten und hat das Werk stillgelegt. Infolgedessen ist Mannheim ohne elektrischen Strom. Die Straßenbahn mußte ihren Betrieb einstellen. Man hofft, gegen 4 Uhr die Stromversorgung wieder aufnehmen zu können.

Seidberg, 8. Juli. Das Schwurgericht verbandelte gestern gegen die Dienstmagd Elisabeth Mühlmeier aus Mühlbach wegen verächtlicher Kindesbetörung und wegen vollendeter Kindesbetörung. In einem Falle hatte das Mädchen sein neugeborenes

